

über so weitreichende Notmaßnahmen nachzudenken. Schädlich ist allerdings schon die Diskussion darüber: Die Instrumente des Stabilitätsgesetzes setzt man ein, aber man redet nicht lange darüber!

In der Diskussion über die Konjunktur wird eine Reihe von Fakten übersehen, die stimulierend wirken. Zum Jahreswechsel werden die Steuern um annähernd 14 Milliarden DM gesenkt. Das ist keine Kleinigkeit. Das stützt die Nachfrage und entlastet auch die kleineren und mittleren Unternehmen. Die Politik hat weitgehend Klarheit über die Steuerreform geschaffen, die 1990 folgen soll. Der vorgesehene und in der Koalition nicht umstrittene linearprogressive Tarif wird dauerhaft die mittleren Einkommen entlasten. Die Reformbeschlüsse haben bislang nicht stimulierend gewirkt, weil viele Steuerzahler und auch Unternehmen durch die lange und kontroverse Diskussion verunsichert worden sind. Hier ist noch viel Aufklärungsarbeit nachzuholen. Von den wachsenden und kreditfinanzierten Defiziten gehen kräftige expansive Impulse aus, jedenfalls so lange, wie nicht die Sorge wächst, daß der wieder schnell anwachsenden Verschuldung früher oder später Steuer- und Preiserhöhungen folgen werden.

Für die Glaubwürdigkeit der Politik bleibt es entscheidend, daß die Ausgaben streng begrenzt bleiben. Die Koalition hat darauf zu achten, daß es Kompromisse zu Lasten des Finanzministers nicht mehr geben darf. Es hat in den letzten zwei Jahren schon zu viele davon gegeben. Das rächt sich jetzt. Die Neuverschuldung ist 1987 um rund 7 Milliarden DM auf über 29 Milliarden DM gestiegen. Damit gerät die Koalition allmählich wieder in die Nähe jener Schuldenzahlen, die maßgeblich zum Sturz der Regierung Schmidt beigetragen haben. Der Haushalt des Bundes weist für 1988 eine Neuverschuldung von 29,5 Milliarden DM aus.

Eine Reihe kostspieliger Risiken ist im Etat aber noch nicht berücksichtigt. Bei einer Konjunkturabschwächung bleiben die Steuereinnahmen hinter den Schätzungen zurück, die noch auf einer Wach-

tumsprognose von 2,25 Prozent beruhen; mit sinkendem Dollarkurs schrumpft der Bundesbankgewinn schnell zusammen; die zusätzlichen Kosten der EG-Politik sind noch nicht veranschlagt; der Bund wird der Bundesanstalt für Arbeit gegen Ende 1988 mit einem Zuschuß helfen müssen. Das alles summiert sich auf 8 bis 10 Milliarden DM.

Diese Daten zeigen, daß der Bundesfinanzminister nur dann auf die Forderung nach zusätzlichen Steuererleichterungen eingehen kann, wenn tatsächlich eine Rezession drohen sollte. Im übrigen bedarf jede Steuersenkung der Zustimmung des Bundesrates. Dessen CDU/CSU-Mehrheit ist aber nur mit Mühe die Zusage abgerungen worden, die Steuerreform 1990 nicht zu blockieren. Wer diese lose Vereinbarung in Frage stellt, gefährdet das Steuerpaket insgesamt. wst

„Eckdaten“ zur Konjunktur

(in Prozent gegenüber Vorjahr)

	1987	1988
Bruttosozialprodukt, real	1,5	1,5
– Privater Verbrauch	2,5	2,5
– Staatsverbrauch	2	1,5
– Ausrüstungsinvestitionen	4	2
– Bauinvestitionen	–0,5	1
– Ausfuhr ¹⁾	0	2,5
– Einfuhr ¹⁾	3,5	4
Bruttolohn- und -gehaltssumme ²⁾	4	4
Unternehmer-einkommen ¹⁾³⁾	3,5	2
Verbraucher-Preise	1	1,5
Arbeitslose (in Mill.) ⁴⁾	2,23	2,3

¹⁾ Waren und Dienstleistungen

²⁾ Nominal

³⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

⁴⁾ Jahresdurchschnitt

Quelle: Sachverständigenrat

Radiologen fühlen sich im Stich gelassen

Das „Deutsche Informationszentrum für Radiologie e. V. – Vereinigung der Radiologen und Nuklearmediziner in freier Praxis“ (DIR) hat gefordert, die Streitfragen über die Abrechnung von Radionuklidkosten insbesondere in den Bereichen der Kassenärztlichen Vereinigungen Nordrhein und Westfalen-Lippe (Heft 50/1987, Aktuelle Politik) durch die Sozialgerichte klären zu lassen.

Das DIR wendet sich dagegen, daß Radiologen und Nuklearmediziner rückwirkend „überhöht abgerechnet“ Kosten für die Beschaffung und Aufarbeitung von Radionukliden zurückerstattet sollen, obwohl die Abrechnungen jahrelang nicht nur nicht beanstandet worden waren, sondern sogar auf von den KVen empfohlenen Richtwerten beruhten. Dies sei um so unverständlicher, als einige Universitätskliniken und sogar krankenkasseneigene Institute zum Teil weit höhere Richtwerte in Rechnung stellten.

Das Hamburger Landgericht hatte in einem Urteil gegen einen Laborarzt vom Mai 1987 einen Satz von zehn Prozent der Beschaffungskosten als Aufbereitungskosten zugestanden. Das DIR wendet sich dagegen, diesen Satz pauschal auf alle Praxen anzuwenden. Bei einem durchschnittlichen Praxisumsatz sei schon wegen der Personalkosten ein weit höherer Prozentsatz für die Aufarbeitung erforderlich. Bezeichnenderweise ließen auch die Punktzahlen im neuen EBM (in denen die Beschaffungs- und Aufbereitungskosten pauschaliert sind) erkennen, daß hier zum Teil höhere Prozentsätze angenommen wurden (dennoch hält das DIR die neuen Bewertungen für zu niedrig).

Die KVen werden beschuldigt, vor den Forderungen der Krankenkassen in die Knie gegangen zu sein und die Radiologen und Nuklearmediziner im Regen stehen gelassen zu haben. Man müsse die Frage stellen, ob es den KV-Gremien und Prüfungsgremien an Sachverstand fehle und/oder ob sie zu Ungunsten der Gebietsärzte „durch Praktische Ärzte majorisiert“ würden. gb